

Johannes-Maria Lex

Von: INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE [informationsdienst@plattform-educare.org]
Gesendet: Montag, 13. Dezember 2010 21:26
An: guenter.danhel@ief.at; gerald.hoechtler@spoe.at; Josef Ackerl; presse.wien@gruene.at; fuchsbauer@oeli-ug.at; eva.glawischnig@gruene.at
Betreff: Sammelmeldung 14.12.2010 - mit: E-Mail-Aktion "Qualität im Elementarbildungswesen" (berichtigte Empfängeradressen!)

Plattform EduCare
elementare und außerschulische Bildung
Informationsdienst
<http://www.Plattform-EduCare.org>
informationsdienst@Plattform-EduCare.org

**ÜBERSICHT ÜBER DIE THEMEN DIESER AUSSENDUNG
DES INFORMATIONSDIENSTES
VOM 13.12.2010 21:19:24**

**Da wir derzeit eine groß angelegte Aktion zur Qualitätssicherung im Elementarbildungswesen durchführen, möchten wir Sie mit dieser Aussendung auch bitten, sich mit *Ihrer* E-Mail, wie tiefer stehend, einzubringen.
DANKE!**

Qualität einfordern: Mitglieder und MultiplikatorInnen der Plattform EduCare starten E-Mail-Aktion

Zum Wohl aller **Kinder**, die in Österreich wohnen, im Interesse deren **Eltern** und **AlleinerzieherInnen**, für positive Arbeits- und Lebensmöglichkeit der **PädagogInnen** - im Sinn der Zukunft unseres Landes sind dringend qualitative Änderungen im Elementarbildungswesen angesagt!

Wir ersuchen Sie, die begonnen positiven Schritte mit Ihrer persönlichen Forderung nach Qualität, die auf die quantitativen Verbessern erfolgen muss, Nachdruck zu verleihen. Das können Sie durch **Senden einer E-Mail** an die politisch Verantwortlichen!

Wir haben uns bemüht, für Sie ein „Muster einer E-Mail“ zu erstellen. Sie brauchen nichts anderes zu tun, als

(1) die Empfänger in die „AN-Zeile“ Ihrer E-Mail zu kopieren:

barbara.prammer@parlament.gv.at,fritz.neugebauer@parlament.gv.at,3pr@parlament.gv.at,josef.cap@spoe.at,
=christian.strache@parlament.gv.at,eva.glawischnig@gruene.at,josef.bucher@parlament.gv.at,gabriele.heidinger@parlament.gv.at,
=hosek@bka.gv.at,beatrix.karl@bmwf.gv.at,verena.remler@bmwf.gv.at,claudia.schmied@bmukk.gv.at,info@plattform-educare.org

(2) im *Betreff* einen Ihnen entsprechenden Text zu schreiben

(3) den nachfolgenden Text zu kopieren, allenfalls zu **ändern** oder in Ihrem Sinn zu **vervollständigen** - jedenfalls aber mit **Vor- und Zunamen**, nach Möglichkeit auch mit Funktion (Elementarpädagogin, Mutter...) und **Postadresse** zu ergänzen und die E-Mail abzuschicken.

E-Mail-Vorschlag:

→ HIER MIT DER KOPIE BEGINNEN ←

Sehr geehrte Frau Ministerin!
 Sehr geehrte Frau Staatssekretärin!
 Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Zum Wohl der Kinder, im Interesse deren Eltern und AlleinerzieherInnen, für positive Arbeits- und Lebensmöglichkeit der PädagogInnen - im Sinn der Zukunft unseres Landes sind dringend Änderungen im Elementarbildungswesen angesagt!

Die inhaltlichen und finanziellen Forderungen zur Qualitätsanhebung in den Elementarbildungseinrichtungen liegen längst – untermauert von vielen Studien – auf den Tischen der politisch Verantwortlichen:

- in 4 Ministerien
- bei 9 Ländern
- in 2.357 Gemeinden.

Der Kindergarten ist Ländersache und der Großteil der öffentlichen Einrichtungen wird von den Gemeinden (98,7%) erhalten.

Und so bietet sich die Elementarbildung in Österreich auch dar: zersplittert, wenig kongruent, wenig den Erfordernissen der Zeit entsprechend.

Derzeit neun (!) unterschiedliche Gesetze der Bundesländer führen zu unterschiedlichsten (auch finanziellen) Rahmenbedingungen für Kinder, Eltern und Personal sowie TrägerInnen-Organisationen hinsichtlich

- Gruppengröße,
- Verhältnis MitarbeiterInnen/Kinder
- Arbeitszeiten und Bezahlung der PädagogInnen
- Vor- und Nachbereitungszeit bzw. Fort- und Weiterbildung der PädagogInnen
- Räumliche Anforderungen
- Öffnungszeiten/Ferienordnung
- Höhe der Elternbeiträge
- Qualifikation/Bezeichnung/organisatorische Einbindung der pädagogischen Aufsicht
- Qualifikation/Bezeichnung von Leiterinnen, Helferinnen, AssistentInnen...
- Finanzierung
- u.a.m.

Die Situation für Tagesmütter/-väter/-familien ist ähnlich gelagert.

Die langjährigen Forderungen nach tiefgreifenden, effektiven und nachhaltigen Reformen im elementaren und außerschulischen Bildungsbereich sind endlich umzusetzen, durch

- ein **Bundesrahmengesetz mit einheitlichen Qualitätsstandards**

- einen **verbesserten Kind-Erwachsenenschlüssel** wie er von ExpertInnen
- empfohlen wird
- **gemeinsame Ausbildung für alle pädagogischen Berufe auf tertiärem**
- **Niveau**
- **höhere Bezahlung**

wie sie der verantwortungsvollen Aufgabe entspricht.

Die Plattform EduCare hat bereits 2005 in gemeinsamer Arbeit aller facheinschlägigen ExpertInnen Grundlagen für ein Bundesrahmengesetz zur Qualitätssicherung in elementaren und außerschulischen Bildungseinrichtungen ausgearbeitet: von „Altersgemäßen Bildungsangebot“ über „Ausstattung und Raumbedarf“, „Individuelle Bedürfnisse“ sowie „Mindeststandards“ bis zu „Zusammenarbeit mit Erziehungsberechtigten“.

SPÖ (2006) und GRÜNE (2009) haben auf dieser Grundlage bereits parlamentarische Anträge auf Gesetze gestellt – und wurden in die Gremien verwiesen.

Ich appelliere an die **Ministerinnen** in der Bundesregierung – Heinisch-Hosek, Karl, Remler und Schmied – den guten gemeinsamen Weg, der eingeschlagen worden ist, nachhaltig weiter zu gehen: im nächsten Schritt muss die **Qualität der die Neuerungen durchzuführenden elementarpädagogischen Einrichtungen** verbessert werden! Durch ein Bundesrahmengesetz für die elementarpädagogischen Bildungseinrichtungen!

Ich appelliere an die **Nationalratsabgeordneten** von SPÖ, ÖVP, FPÖ, GRÜNEN und BZÖ parlamentarische Initiativen zu setzen!

Für die Zukunft unseres Landes!

Siehe auch:

<http://www.plattform-educare.org/bundesrahmengesetz.htm>

<http://www.plattform-educare.org/Kindergartengesetz%20gruene%20vs.%20spoe.htm>

Mit freundlichen Grüßen

Vor- und Zuname

Ev. Beruf

Adresse

ev. Telefonnummer

→ KOPIE ENDE ←

Wir bitten Sie, einerseits *persönlich* aber auch durch *Anregung Ihrer KollegInnen* und durch *Hinweis an die Eltern* der Ihnen anvertrauten Kinder u.a.m. unser gemeinsames Anliegen nach Verbesserung der Rahmenbedingungen für die elementarpädagogischen Einrichtungen und deren Aufgaben nachhaltig zu unterstützen!

[Hier finden Sie die bisherigen Schreiben von Mitgliedern und MultiplikatorInnen.](#)

ÜBERSICHT ÜBER DIE THEMEN DIESER AUSSENDUNG

BETRIEBSKINDERGARTEN

Schönborn: "Kinderlärm tut auch einem Bischof gut"

BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM

Gesetze Bundesländer

Bundeskanzleramt RIS Informationsangebote

BURGENLAND

Meldungen: keine

KÄRNTEN

Meldungen:

Wirbel um neues Kinderbetreuungsgesetz

LH Dörfler: Leistungsorientiertes Kinderbetreuungsgesetz schafft erhöhte Betreuungsqualität

SPÖ Kärnten: FPK/ÖVP betätigen sich mit neuem Kinderbetreuungsgesetz als sozialpolitische Geisterfahrer

NIEDERÖSTERREICH

Meldungen: keine

OBERÖSTERREICH

Meldungen:

SPÖ Oberösterreich: 2011 bringt "Jahr der Bildung"

SALZBURG

Meldungen: keine

STEIERMARK

Meldungen: keine

TIROL

Meldungen: keine

VORARLBERG

Meldungen: keine

WIEN

Meldungen:

Grüne Wien/Ellensohn zu Budget: Wien investiert in Bildung und Soziales

ELEMENTARPÄDAGOGEN/INNEN

Reaktionen auf: „Warum ausgebrannte „Tanten“ das Handtuch werfen“

Noch eine Wahrheit

die Wahrheit

De Wa(h)rheit ist da draussen..irgendwo

Förderung? Wann?

PFAU, WAHNSINN

Die Gesellschaft hat sich geändert, die Eltern haben sich geändert, und die Kinder haben sich geändert.

Was überhaupt

Re: Was überhaupt

Kinder erziehen ist kein Kinderspiel

Re: Kinder erziehen ist kein Kinderspiel

Und der Staat glaubt noch immer er kann es besser!

sexistischer Artikel

Genau so ist es,

Re: Genau so ist es,

selten so einen flachen artikel gelesen

Qualität gefordert!

Re: Qualität gefordert!

Re: Re: Qualität gefordert!

von ausgebrannt wirklich keine spur.

Die Bevölkerungszusammensetzung hat sich geändert

Die ersten Lebensjahre bedeuten mindestens so viel wie das Fundament eines Hauses! -

Re: Die ersten Lebensjahre bedeuten mindestens so viel wie das Fundament eines Hauses! -

ELEMENTARPÄDAGOGEN/INNEN

ÖLI/UG: LehrerInnenbildung braucht grundlegende Verbesserung - nicht erst seit PISA

ELTERNBILDUNG

Die Glaubenskrieger

FRÜHPÄDAGOGIK, FRÜHKINDLICHE BILDUNG

Reaktionen auf "Ein Leben lang in der Schule ist ja öd" - Bessere Bildung beginnt mit der besseren

Frühförderung: Die Pädagogin Heide Lex-Nalis über Versäumnisse und Lehrerinnen, die lieber Schulwart werden wollten.

GENDER

Demokratie-Ranking: Österreich auf Platz elf

1. Vorarlberger Gender Day in Feldkirch

KINDERRECHTE

Protokoll zur Gesprächsrunde „Kinderrechte in die österreichische Bundesverfassung“ - 3. Dezember 2010 9 – 11.00 h Parlament, Lokal III - Veranstalter Grüner Klub im Parlament

IMPRESSUM UND HINWEISE

-

BETRIEBSKINDERGARTEN

Schönborn: "Kinderlärm tut auch einem Bischof gut"

Unter diesem Titel berichtet KATHPRESS über die am 7. Dezember 2010 erfolgte Eröffnung eines neuen „Betriebskindergartens“ im Wiener Erzbischöflichen Palais:
<http://www.kathpress.at/site/nachrichten/database/36274.html>

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20101209_OTS0040/angebot-an-kinderbetreuung-in-der-inneren-stadt-waechst-kardinal-schoenborn-eroeffnet-palaiskindergarten-st-stephan-bild

Etwas befremdlich sind die Äußerungen des Wiener „Bildungsstadtrats“ Oxonitsch in diesem Zusammenhang: "Der Kindergarten ist für uns nicht nur eine Betreuungsstätte, sondern die erste Bildungseinrichtung im Leben unserer Kinder".

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20101207_OTS0239/neuer-

[betriebskindergarten-der-erzdioezese-mit-unterstuetzung-der-stadt](#)

Nachdem derartige Wortmeldungen aus dem Munde von SPÖ-Politikern nicht neu sind, darf in diesem Zusammenhang an einen Gastkommentar des emeritierten Wiener Pädagogik-Ordinarius Univ.-Prof. Dr. Marian Heitger erinnert werden, der in einem Gastkommentar in der Tageszeitung DIE PRESSE am 7. September dieses Jahres unter anderem schrieb:

(.....)

Der zu kritisierende Slogan formuliert, wenn auch unbewusst und nicht bedacht, eine diskriminierende Vorstellung von der Familie. Will man sie tatsächlich auf die Produktion und physische Versorgung des Nachwuchses reduzieren? Das wäre ein fataler ideologischer Irrläufer, und die jüngere Geschichte hat dessen verheerende Folgen nachhaltig gezeigt. Wenn man eine der Bildung förderliche pädagogische Reform ernsthaft will, so hätte diese mit einer guten Familienpolitik zu beginnen.

Das ist kein Votum gegen die Berufstätigkeit von Frauen, sondern ein Votum dafür, beides zu ermöglichen. Es ist bemerkenswert, wie die Gemeinde Wien mit diesem Slogan glaubt, Wahlwerbung machen zu können. Natürlich ist es gut und begrüßenswert, wenn die Gemeinde Wien mehr Kindergärten schafft, aber doch nicht als Ersatz für die Verantwortung der Väter und Mütter. Manchem mag diese Dimension der Kritik übertrieben erscheinen; aber gerade jene so selbstverständlich und unbedacht gemachten Äußerungen zeigen die Anmaßung der öffentlichen Institutionen, die vorwiegende Zuständigkeit für Bildung zu behaupten.

(.....)

<http://diepresse.com/home/meinung/gastkommentar/592601/Beginnt-Bildung-im-Kindergarten>

Herausgeber:

Prof. Günter Danhel, DSA
Direktor des Instituts für Ehe und Familie
Tel. +431 515 51 / 3651
guenter.danhel@ief.at

BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM

Gesetze Bundesländer

**Bundeskanzleramt RIS
Informationsangebote**

BURGENLAND



Burgenland: www.burgenland.at

Meldungen: keine

KÄRNTEN



Kärnten: www.ktn.gv.at

Meldungen:

Wirbel um neues Kinderbetreuungsgesetz

ORF.at

Die Förderbeträge des Landes pro Kindergruppe sollen gekürzt werden, was Mehrkosten für die Gemeinden bedeutet. Dafür soll es Qualitätsverbesserungen geben. ...

LH Dörfler: Leistungsorientiertes Kinderbetreuungsgesetz schafft erhöhte Betreuungsqualität

Utl.: Prettner hantiert zum wiederholten Male mit falschem Datenmaterial und verunsichert bewusst Gemeinden und Familien =

Klagenfurt (OTS) - Für Kindergartenreferent Landeshauptmann Gerhard Dörfler sind die heutigen Aussagen von Landesrätin Beate Prettner nicht nur unangebracht, sondern entsprechen auch nicht den Tatsachen. Durch die Einführung des neuen Kinderbetreuungsgesetzes entstehe nämlich in keinster Weise eine Schlechterstellung der **Kinderbetreuung**, sondern ganz im Gegenteil werde damit ein qualitativer Zugewinn im Sinne unserer Kinder erreicht.

Diese Zusammenführung aller vorschulischen und außerschulischen Kinderbetreuungseinrichtungen sei notwendig geworden, um ein gerechtes und einheitliches Fördersystem im Land zu etablieren. Bislang wurden Kinderbetreuungseinrichtungen rein nach der Anzahl von Kindergartengruppen gefördert ohne dabei auf die Dauer der Öffnungszeit Rücksicht zu nehmen. "Ich gehe davon aus, dass mit der neuen Regelung die Nachmittagsbetreuung in Kindergärten umfangreicher angeboten werden wird und damit die Betreuungszeiten für Kinder erhöht werden", so Dörfler. Diese Neuregelung komme vor allem berufstätigen Frauen und alleinerziehenden Müttern zu Gute, denen damit ein zeitlich größeres und familienfreundlicheres Betreuungsangebot zur Verfügung gestellt wird.

"Durch die an die Öffnungszeiten gebundene Förderung schaffen wir ein leistungsgerechtes System, das dabei den ländlichen Raum entsprechend berücksichtigt und stärkt. So werden Kleinkindergärten, die beispielsweise nur eine Gruppe betreiben, unabhängig von ihren Öffnungszeiten, weiterhin in gleicher Höhe gefördert", erklärt Landeshauptmann Dörfler. Ganztagskindergärten mit Öffnungszeiten von mehr als acht Stunden werden je Gruppe mit 29.000.- Euro gefördert, Halbtagskindergärten mit 21.000.- Euro pro Gruppe. Zu der Förderung ab der 3. Kindergartengruppe in der Höhe von 21.000.- Euro ganztags oder 15.000.- Euro halbtags ist zudem festzuhalten, dass die allgemeinen Betriebs- und Erhaltungskosten für diese zusätzliche Gruppe nach betriebswirtschaftlichen Überlegungen jedenfalls geringer sind, was somit die geringere Förderhöhe rechtfertigt. Unabhängig davon scheint Bürgermeister Klaus Köchl sich nicht all zu sehr mit den aktuellen Förderungen auseinander zu setzen, denn dann müsste er wissen, dass das abgestufte Modell bereits jetzt in Kraft ist und die dritte Gruppe nach der derzeit noch gültigen Regelung mit 21.082.- Euro gefördert wird und es somit schon jetzt Abstufung gibt.

Die Behauptung Prettners und Klaus Köchls, dass die Gemeinden bzw. die Eltern aufgrund der Änderung des Kindergartengesetzes zur Kasse

gebeten werden, weist Dörfler aufs Schärfste zurück. "Prettner und Köchl hantieren hier mit vollkommen falschen Zahlen. Einerseits fehlt ihnen die Kenntnis über das entsprechende Datenmaterial andererseits versuchen sie hier bewusst, Familien und auch Gemeinden bzw. Kindergartenbetreiber zu verunsichern und das neue Gesetz in Misskredit zu ziehen", kontert Dörfler. Nach den Berechnungen der zuständigen Fachabteilung ist pro Kindergartenmonat mit einem erhöhten Kostenanteil von maximal 3,5 Euro zu rechnen. Das Sparpotential wurde für den Bereich der Kindergärten mit rund 500.000 Euro berechnet. "Daran sieht man, dass die SPÖ nicht nur völlige Unwahrheiten verbreitet, sondern bei einer Berechnung von sieben Millionen Euro über höchst fragwürdige Rechenkünste verfügt", so Dörfler.

Zudem habe erst vor wenigen Wochen der Rechnungshofbericht Kärnten im Vergleich zu anderen Bundesländern, die sowohl von SPÖ wie auch ÖVP Landeshauptleuten geführt werden, ein ausgesprochen gutes Zeugnis abgelegt. "Kärnten zahlt beispielsweise im Vergleich zu Salzburg und Oberösterreich die höchsten familienbezogenen Leistungen aus und setzt damit wichtige familienpolitische Akzente", fasst Dörfler abschließend zusammen.

Rückfragehinweis:

Kärntner Landesregierung
Büro Landeshauptmann Gerhard Dörfler
Pressesprecherin: Dr. Larissa Herzog-Sternath

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/2191/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

SPÖ Kärnten: FPK/ÖVP betätigen sich mit neuem Kinderbetreuungsgesetz als sozialpolitische Geisterfahrer

Utl.: Prettner, Köchl: Mit der geplanten Änderung des Kinderbetreuungsgesetzes wälzen FPK/ÖVP massive Belastungen auf die Gemeinden, Kinder und Eltern ab. =

Klagenfurt (OTS) - "Der geplante Beschluss des neuen Kinderbetreuungsgesetzes im Landtag Ende der Woche ist ein brutaler finanzieller Anschlag auf unsere Kinder und deren Eltern. FPK/ÖVP üben sich weiter als finanz- und familienpolitische Geisterfahrer", ließ Landesrätin Beate Prettner heute bei einer Pressekonferenz aufhorchen.

Mehr als sieben Millionen Euro spart die FPK-ÖVP-Koalition mit dem neuen Kinderbetreuungsgesetz bei den Familien und Gemeinden ein, ohne Begutachtung und Einbindung der betroffenen Institutionen, wie der Gemeinden. "Noch im Wahlkampf hat das BZÖ, jetzt FPK, versprochen den **Gratis-Kindergarten** aufrecht zu erhalten. Jetzt, in Nichtwahlkampfzeiten sieht die Sache freilich anders aus. Die SPÖ spielt da sicher nicht mit", kündigt Prettner die Ablehnung der Gesetzesänderungen an.

Die SPÖ Kärnten fordert einen Rechtsanspruch auf **Kinderbetreuung**, eine sozial gestaffelte Höchstgrenze für Kindergartenbeiträge, die Reduktion der Kinderanzahl einer Gruppe und die ganzjährige Betreuung der Kinder in Kindergärten, also auch im Sommer und die Förderung aller Betriebskindergärten.

Liebenfels Bürgermeister LAbg. Klaus Köchl ergriff Partei für die

Kärntner Gemeinden, die durch das neue Gesetz massiv belastet werden, wobei hohe Kosten auf die Eltern zu kommen würden. "Auf jedes Kind, bzw. auf die Eltern kommt zu den geltenden Kindergartengebühren eine zusätzliche Belastung von 214 Euro im Monat und 2600 Euro im Jahr zu", rechnet Köchl am Beispiel Liebenfels vor.

Aus kommunaler Sicht ergänzt Köchl die SPÖ Forderung um die Einführung eines Kindergartenbaufonds - nach dem Vorbild des Schulbaufonds-, das zur Verfügung stellen von 30.000 Euro für jede Kindergruppe (egal ob Halb- oder Ganztags), die Einbindung aller betroffenen Gremien und Institutionen in eine mögliche Änderung des Kinderbetreuungsgesetzes, das vierteljährliche Auszahlen der Förderung vom Land an die Gemeinden und die Finanzierung der gesamten Kinderbetreuungseinrichtungen für die Gemeinden, wenn das Land die alleinige Finanzierung der Krankenanstalten übernehmen würde.

"Ich bin gespannt, wie sich die im Landtag betroffenen Bürgermeister von FPÖ und ÖVP bei der Abstimmung des Gesetzes im Landtag verhalten, darum sind wir auch für eine namentliche Abstimmung", schließt Köchl. (Schluss)

Rückfragehinweis:
SPÖ Kärnten
Klagenfurt

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/192/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

NIEDERÖSTERREICH



Niederösterreich: www.noel.gv.at

Meldungen: keine

OBERÖSTERREICH



Oberösterreich: www.ooe.gv.at

Meldungen:

SPÖ Oberösterreich: 2011 bringt "Jahr der Bildung"

Utl.: Josef Ackerl: Bilanz und Ausblick nach einem Jahr als Landespartei-
chef =

Linz (OTS) - "2010 war für die SPÖ Oberösterreich das Jahr der Verteilungsgerechtigkeit. 55.307 Unterschriften für eine Millionärssteuer waren ein starkes Signal, das österreichweit angekommen ist. Der Einsatz für Verteilungsgerechtigkeit geht auch im kommenden Jahr ungebremst weiter. 2011 wird für die SPÖ Oberösterreich dazu noch ein Jahr der Bildung werden", kündigt

SPÖ-Landesvorsitzender LH-Stv. Josef Ackerl an. Positive Bilanz zieht Ackerl auch über den bisherigen Verlauf des großen Parteireformprozesses "morgen.rot".

Am 28. November 2009 war Ackerl beim Landesparteitag in Wels mit 93,6 Prozent zum Vorsitzenden der SPÖ Oberösterreich gewählt worden. Seither steuert die SPÖ Oberösterreich auf Reformkurs. "So wichtig die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner ist, eine viel wichtigere Aufgabe der Sozialdemokratie ist die Gestaltung der Gesellschaft. Wir müssen wieder Lust an der gesellschaftlichen Gestaltung finden. Mit dem Reformprozess morgen.rot sind neue Hoffnung und neuer Schwung in die Partei gekommen. Den vielen engagierten MitarbeiterInnen und FunktionärInnen, die den Prozess vorangetrieben haben, gebührt aufrichtiger Dank!", so Ackerl. morgen.rot wurde nach der Wahlniederlage im Herbst 2009 ins Leben gerufen, um die SPÖ in Oberösterreich zu erneuern und für zukünftige Erfolge vorzubereiten.

Die Beteiligung übertraf die Erwartungen: In 376 Ortsparteien und befreundeten Organisationen wurde in der ersten Phase über Stärken und Schwächen der SPÖ von der Ortsebene bis zur EU bei 166 moderierten Veranstaltungen diskutiert. Neben den Orts- und Bezirksorganisationen haben sich u.a. der Pensionistenverband, die sozialdemokratischen GewerkschafterInnen und die Jugendorganisationen intensiv eingebracht. Insgesamt haben sich bei den Veranstaltungen über 2.700 SozialdemokratInnen beteiligt. An der schriftlichen Befragung haben darüber hinaus über 8.000 Mitglieder teilgenommen.

Die über 20.000 Rückmeldungen aus den moderierten Feedbackrunden wurden mit einer Datenbank analysiert und nach sozialwissenschaftlichen Standards qualitativ ausgewertet und mit den quantitativen Ergebnissen der Mitgliederbefragung verknüpft. Das Ergebnis wurde den Mitgliedern beim morgen.rot- Kongress im Juni 2010 in St. Georgen a.d. Gusen präsentiert, und auch im Internet zur Diskussion gestellt. Eindrucksvoll bestätigt wurde dabei die aktuelle Kampagne der SPÖ Oberösterreich für mehr Verteilungsgerechtigkeit: 90 Prozent halten höhere Steuern für große Vermögen und Einkommen für sehr wichtig oder wichtig.

Wir wissen, wohin wir wollen!
morgen.rot - das zweite Jahr

Die selbstkritische Inventur ist abgeschlossen. Jetzt wird der Blick nach vorne gerichtet: Im nächsten Jahr sollen die besten Lösungen für die aufgeworfenen Probleme entwickelt werden.

Am 6. September haben VertreterInnen aller Bezirke und befreundeten Organisationen im Landespartei Vorstand den Bericht zur "Kritikphase" entgegen genommen und über die weiteren Ziele der Parteierneuerung beraten. Dabei hat sich die oberösterreichische Sozialdemokratie durchaus ehrgeizige Ziele gesteckt.

Der Beschluss im Wortlaut:

Die Programmpartei

Die SPOÖ will wieder zur Hoffnungsträgerin der Zukunft werden. Den Grundwerten und programmatischen Grundsatzdiskussionen wollen wir wieder größere Bedeutung beimessen.

Die Mitgliederpartei

Die SPOÖ will wieder zu einer einflussreichen gesellschaftlichen Kraft werden. Dazu brauchen wir mehr Mitglieder und wollen besser mit ihnen kommunizieren.

Die Mitmachpartei

Die SPOÖ will möglichst viele Menschen an ihrer Politik beteiligen und interessant für BürgerInnen und ihre Ideen sein.

Die Bildungspartei

Die SPOÖ will eine neue Bildungskultur etablieren und so die politische und persönliche Weiterentwicklung möglichst vieler SozialdemokratInnen - Mitglieder, FunktionärInnen, MandatarInnen und MitarbeiterInnen - vorantreiben.

Die politische Partei

Die SPOÖ will wieder zu einer lebendigen Bewegung werden, in der Raum für inhaltliche Auseinandersetzungen besteht. Denn unsere Politik lebt von Überzeugungen und breiten Diskussionen.

Morgen.rot-Veranstaltungen 2011

Seit Herbst wird im Ort und in den Bezirken an konkreten gemeinsamen Projekten gearbeitet.

Bei den morgen.rot-Foren werden jeweils zwei benachbarte Bezirke gemeinsame Diskussionsveranstaltungen mit Experten zu den Schwerpunktthemen Arbeit, Bildung, Gesundheit, Kommunalpolitik und Integration veranstalten. Dabei haben Interessierte die Möglichkeit, sich mit ExpertInnen auseinanderzusetzen.

Zusammengeführt, öffentlich präsentiert und diskutiert werden die Ergebnisse bei "morgen.rot-Konventen, verbunden mit einem großen Fest in jedem Wahlkreis.

Im Herbst 2011 werden auf einem zweiten morgen.rot-Kongress die Ergebnisse der Erneuerungen präsentiert und für den Landesparteitag 2011 aufbereitet.

Gerechtigkeit macht alle stark- Für Reiche gilt das Gleiche!

55.307 Unterschriften für Millionärssteuer

Am 1. Mai 2010, dem Tag der arbeitenden Menschen, startete die SPÖ Oberösterreich mit ihren befreundeten Organisationen eine Unterschriftenaktion mit Petitionswert für den Nationalrat, um endlich mehr Gerechtigkeit im Steuersystem zu erreichen.

Mit der Kampagne "Gerechtigkeit macht alle stark - Für Reiche gilt das Gleiche!" signalisierte die SP OÖ, dass die Botschaft der Mitglieder angekommen ist. Die Kampagne war auch der größte parteiinterne Bildungsprozess der letzten 10 Jahre, in dem die FunktionärInnen der SP OÖ Daten und Fakten zur Steuergerechtigkeit, Vermögensverteilung und einer gerechten Verteilung der

Krisenfolgekosten vermittelt bekamen. Damit wurde dem Wunsch der Mitglieder entsprochen, mit klaren Botschaften glaubwürdig die Position der SP OÖ in Sachen Gerechtigkeit zu vertreten. Seit Mai 2010 war ein Pool von ExpertInnen in ganz Oberösterreich unterwegs, um diese wichtigen Inhalte zu vermitteln. Parallel dazu lief die Sammlung von Unterschriften für eine Millionärssteuer.

Die Unterschriftensammlung stieß überall auf größtes Interesse. Mit einem Dossenspiel wurde bei Straßenaktionen eindrucksvoll vor Augen geführt, wer von der Finanzkrise getroffen wird: Nicht die Verursacher der Krise, sondern die kleinen Leute, die ArbeiterInnen, Angestellten, PensionistInnen, StudentInnen oder die sozial Bedürftigen. Ungeschoren blieben dagegen bisher die Banken, die Börsespekulanten und die Superreichen im Land, die Grassers und Meinls.

55.307 Unterschriften aus Oberösterreich wurden schließlich am 17. November von Parteichef Ackerl und Landesrat Kepplinger an der Spitze einer oö. Delegation im Parlament an Nationalratspräsidentin Prammer übergeben.

Aktionswoche "Die SPÖ hört zu"

"Eine der wichtigsten Eigenschaften der Politik ist für mich, zuhören zu können. Mein Auftrag lautet daher, dass die gesamte SPÖ in Oberösterreich jetzt noch mehr zuhört. Es ist für uns enorm wichtig, was die Menschen in Oberösterreich wirklich denken und fühlen. Wie wollen sie leben, wohin soll sich unsere Gesellschaft entwickeln, was erwarten sie dabei von uns in der Politik", so Oberösterreichs SPÖ-Landesparteichef LH-Stv. Josef Ackerl. In der Woche vom 17. bis zum 24. September 2010 gab es in allen Bezirken und in vielen Gemeinden unter dem Motto "Die SPÖ hört zu" Aktionstage der SPÖ Oberösterreich.

"Wir werden möglichst viele Menschen an unserer Politik beteiligen. Die SPÖ will sich in Oberösterreich als Mitmach-Partei für jung und alt mit klaren Werten und Grundhaltungen neu aufstellen. Wir wollen wieder zu einer lebendigen Bewegung - in der es viel Raum für inhaltliche Auseinandersetzungen gibt - und zur Hoffnungsträgerin für die Zukunft werden", so der SPÖ-Landesvorsitzende.

2011: "Jahr der Bildung"

Nachdem 2010 das "Jahr der Verteilungsgerechtigkeit" war, wird 2011 das "Jahr der Chancengerechtigkeit", in dem die SP Oberösterreich sich intensiv mit den schon lange notwendigen und immer noch von bildungskonservativen Kreisen blockierten Bildungsreformen auseinandersetzen wird. "Wir haben 2010 den Plan vorgelegt, wie die öffentliche Hand sich ausreichend finanzieren kann, um ihren vielseitigen Aufgaben nachzukommen!" so Ackerl. "Eine der wichtigsten dieser Aufgaben ist die Schaffung und Erhaltung eines zukunftsweisenden Bildungssystems!"

Dieses Bildungssystem beginnt bereits mit ausreichender Frühförderung in Kinderbetreuungseinrichtungen für Unter-Dreijährige und mündet über ein flächendeckendes Angebot an Kindergartenplätzen für die **Elementarbildung** in ein Schulsystem, das allen Kindern gerecht wird und gleiche Zukunftschancen eröffnet - bis hin zu einem frei zugänglichen Universitätsstudium in entsprechend räumlich und personell ausgestatteten Universitäten.

"Der Ausbau der Kinderbetreuungs- und Elementarbildungseinrichtungen wird mittlerweile österreichweit, insbesondere aber in Oberösterreich als wichtig und notwendig erachtet - darum werden wir uns 2011 auf die Reform des Schulwesens konzentrieren, denn unsere Kinder haben bessere Schulen verdient!" führt Ackerl zur Hauptstoßrichtung des kommenden Kampagnenjahres an. "Dabei werden wir die oberösterreichischen Bemühungen, vor allem den Einsatz engagierter Pädagoginnen und Pädagogen, würdigen, die - mangels Alternativen - Verbesserungen im Rahmen der alten Schule zum Ziel hatten!" so Ackerl. "Wir werden aber auch aufzeigen, warum diese Bemühungen zum Scheitern verurteilt waren, welchen Etikettenschwindel teilweise aufgesessen wurde und warum zur Erreichung einer nachhaltigen Verbesserung unserer Schulen an einer grundlegenden Veränderung des Schulwesens kein Weg vorbeiführt!"

Ackerl kündigte auch bauliche Veränderungen im Parteihaus in der Landstraße 36 an. Das ehemalige Kino wird zu einem multifunktionalen Veranstaltungszentrum ausgebaut und soll zur Begegnungsstätte für intellektuelle Auseinandersetzungen werden.

Rückfragehinweis:

SPÖ Oberösterreich, Medienservice
Gerald Höchtler
Tel.: (0732) 772611-22
<mailto:gerald.hoechtler@spoe.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/194/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

SALZBURG



Salzburg: www.salzburg.gv.at

Meldungen: keine

STEIERMARK



Steiermark: www.steiermark.at

Meldungen: keine

TIROL



Tirol: www.tirol.gv.at

Meldungen: keine

VORARLBERG



Vorarlberg: www.vorarlberg.at

Meldungen: keine

WIEN



Wien: www.wien.gv.at

Meldungen:

Grüne Wien/Ellensohn zu Budget: Wien investiert in Bildung und Soziales

Wien (OTS) - "Trotz der angespannten Finanzsituation in ganz Österreich investiert Wien in die Bildung und in den Sozialbereich", so der Klubobmann der Grünen Wien, David Ellensohn, in seiner

heutigen Rede zum Wiener Budget 2011. Rot-Grün hat in Wien die höchste Mindestsicherung für Kinder in ganz Österreich eingeführt: Eine Alleinerzieherin mit zwei Kindern hat künftig 138 Euro mehr pro Monat zur Verfügung, eine Familie mit drei Kindern hat 209 Euro zusätzlich. "Armutsbekämpfung hat in der rot-grünen Stadtregierung politische Priorität, Kinder sind uns mehr wert", betont Ellensohn.

"Während das Bundesland Kärnten den Gratis-**Kindergarten** abschafft, baut Wien die **Kinderbetreuung** vor allem für 1-3 jährige sowie die Schulsozialarbeit und die Nachmittagsbetreuung in den Sommerferien weiter aus. "Wir erproben in Wien neue Konzepte für Kinder: Ab kommendem Schulbeginn im Herbst wird mit der Kinder-Aktivcard zusätzliches Geld in außerschulische Bildung investiert. Zusätzlich zum Bildungs- und Sozialbereich steht Wien für eine moderne Verkehrspolitik und für verstärkte Maßnahmen im Bereich des Klimaschutzes", so Ellensohn abschließend.

Rückfragehinweis:

Pressereferat, Tel.: (++43-1) 4000 - 81814, presse.wien@gruene.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/101/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

ELEMENTARPÄDAGOGEN/INNEN

Reaktionen auf: „Warum ausgebrannte „Tanten“ das Handtuch werfen“
(http://diepresse.com/home/bildung/schule/kindergarten/617896/Warum-ausgebrannte-Tanten-das-Handtuch-werfen?_vl_backlink=/home/bildung/index.do)

22 Kommentare

Gast: etaner

13.12.2010 18:55

[» melden](#) [» antworten](#)

0 0

Noch eine Wahrheit

Man kann das Gejammer der PädagogInnen (sowohl Kindergarten als auch Schule) nicht mehr hören. Wir leben in Zeiten der freien Berufswahl. Der Grund, warum junge Menschen heutzutage die BAKIPs besuchen: sie sind die neuen "Knödelakademien". Wer immer eine Matura will besucht diesen Schultyp (übrigens eine der teuersten Ausbildungen in Österreich). Wenn dann der junge Mensch ans Studieren geht und merkt, dass studieren auch kein Honiglecken ist, dann beginnt man halt im Kindergarten zu arbeiten. Auch als Nebenjob beim Studieren für 10-15 Stunden macht man das dann gerne. Wieviel Engagement dann übrig bleibt, kann man sich denken. Schade, dass die Finanzierung an letzter Stelle der Aufzählung steht. Wie überall ist gerade dieser Punkt nämlich der Wichtigste! Denn ohne ausreichende Finanzierung können die Forderungen der PädagogInnen nicht erfüllt werden. Ob es zur Ausübung dieses Berufes einer Hochschulausbildung bedarf wage ich zu bezweifeln. Ein bißchen Freude am Beruf und ein gutes Gespür für Kinder sind auch nicht zu unterschätzen. Zum Artikel

ist zu sagen, dass es wenig PädagogInnen gibt, welche Elterngespräche in ihrer Freizeit machen müssen, keine Vorbereitungszeit haben, keine unterstützende HelferIn bei ihrer Arbeit haben (ist gesetzlich geregelt) und täglich 25 Kinder in der Gruppe betreuen. In privaten Einrichtungen werden meist Familiengruppen mit der Höchstzahl von 22 Kindern geführt. Aus Erfahrung kann ich sagen, dass fast täglich 4-5 Kinder nicht anwesend sind.

Gast: Kikrulz 

13.12.2010 14:16

[» melden](#) [» antworten](#)

1 0

die Wahrheit

ist doch, dass die, die sich hier im Forum über gestresste Kindergärtnerinnen lustig machen, gar nicht wissen, wie hart dieser Job ist. Sie meinen vielleicht ein 8 Stunden Job im Büro sei mit einem 5 Stunden Job im Kindergarten vergleichbar? Menschen auszubilden, von Eltern attackiert zu werden, etc., all das geht viel stärker auf die Substanz, als gehässige, vermeintlich belastbarere Büromitarbeiter aus der ach so "harten" Privatwirtschaft meinen. Nur auf sich selbst zu verweisen und zu sagen: "ich würde das locker schaffen" ist einfach nur schwach!

Gast: U Bahn fahren im Liegen 

13.12.2010 18:37

[» melden](#) [» antworten](#)

0 0

De Wa(h)rheit ist da draussen..irgendwo

wenn ich mir ansehe, wer Kindergärtnerin wird.... (UMPF), wenn ich mir sehe, wie infantil diese Tanten sind, weil sie nie mit dem realen (Berufs)Leben konfrontiert wurden, dann..... zitiere ich Gusenbauer... SUDERN.

Gast: Tante 

13.12.2010 14:00

[» melden](#) [» antworten](#)

1 0

Förderung? Wann?

Auch eine Kindergärtnerin kann sich gleichzeitig höchstens mit 2 oder 3 Kindern beschäftigen. Die anderen bleiben sich selbst überlassen.

Ob die dabei mehr gefördert werden als, wenn die Kinder zu Hause bei ihrer Mutter sind, mit ihr Kuchen backen, Wäsche waschen, einkaufen gehen, usw.? Zu Hause kriegen die Kinder auf jeden Fall mehr vom Leben mit, als wenn sie sich 3 Stunden lang in einem Raum aufhalten ohne jeden Kontakt zum Leben draußen.

Bei 3 Stunden Kindergarten und 25 Kindern kann die Kindergärtnerin sich nicht einmal 5 Minuten jedem Kind widmen. Ob da viel Förderung möglich ist?

Es ist sicher gut, wenn die Kinder das letzte Jahr vor der Schule in den Kindergarten gehen, um einen sanften Übergang zur Schule zu schaffen. Aber Förderung ist zu Haus auf jeden Fall eher möglich - zumindest in geordneten Familienverhältnissen.

Gast: U Bahn Fahren im Liegen 

13.12.2010 11:54

13.12.2010

0 0

[» melden](#) [» antworten](#)**PFAU, WAHNSINN**

machen sie mir zwei Listen und laut ist es und stressig....W A H N S I N N, das fühlt sich ja wie ein normaler Arbeitstag an.

Gast: Big Mama 

13.12.2010 11:01

0 0

[» melden](#) [» antworten](#)**Die Gesellschaft hat sich geändert, die Eltern haben sich geändert, und die Kinder haben sich geändert.**

Nein, die Menschen haben sich nicht geändert, sondern die Anforderungen. Auch früher waren die Kinder aufgekratzt wenn es etwas aufregendes gegeben hat. Aber früher war das ein Ausnahmezustand und heute ist es der ganz normale Alltag.

So gestresst wie es die Kindergärtnerinnen im Kindergarten sind, so gestresst sind auch die Kinder. Das schaukelt sich hoch. Das war früher genau so wie heute. Davon kann jede Mutter ein Lied singen.

Aber die Mütter haben es als Teil ihrer Aufgabe als Mutter gesehen einzulenken, bevor die Situation eskaliert, was auch meistens gelungen ist. Auch früher ist manches schief gelaufen.

Wer behauptet denn immer, dass Mütter so blöd sind, dass sie nicht mal mit 2 Kindern zurechtkommen? Aber Professionelle Kinderbetreuerinnen sind so toll, die schmeißen mit links 25 Kinder. Dann aber sind die bösen Eltern und die bösen Kinder schuld, dass das nicht gelingt. Dass es der Anspruch ist, der völlig unrealistisch ist, das will keiner wahrhaben.

Kinderbetreuung muss billig sein.

Die Kinderbetreuung durch den Staat ist gescheitert. Gebt den Eltern und überlasst es den Eltern, dass sie eine Kinderbetreuung organisieren. Der Staat wird niemals in der Lage sein dieses Problem zu lösen.

[Merlin](#) 

13.12.2010 09:38

0 3

[» melden](#) [» antworten](#)**Was überhaupt**

Welcher Job ist denn keine Überforderung für die Menschen? Alles ist Stress und Diskriminierung, sogar das Spielen mit Kleinkindern ... Diese Gejammer kann kein normaler Mensch mehr ernstnehmen.

sandra.blog 

13.12.2010 16:48

0 0

[» melden](#) [» antworten](#)**Re: Was überhaupt**

13.12.2010

Im Gegenteil, jeder, der schon häufiger mehrere Kleinkinder betreut hat, weiß, wie das einen fordert.

Gast: Valerie99 

13.12.2010 08:37

[» melden](#) [» antworten](#)

3 0

Kinder erziehen ist kein Kinderspiel

Die einzige Lösung: gebt den Müttern ein Gehalt und lasst die Mütter entscheiden, ob sie damit eine Fremdbetreuung finanzieren oder selbst für ihre Kinder da sind.

Einerseits schickt man die Mütter arbeiten, andererseits beklagt man sich, dass die Mütter ihre Kinder nicht mehr erziehen.

Kinder kann man immer nur in dem Kontext erziehen, den man gerade erlebt. Wenn die Eltern nur noch die Abende mit ihren Kindern verbringen, die Kinder nur noch zum Waschen, umkleiden und Schlafen nach Hause kommen, dann kann Erziehung eben nicht mehr passieren. Kinderbetreuung heißt Kinder erziehen. Man kann das nicht trennen. Auch wenn es noch so vehement gefordert wird.

Gast: liebstöckl 

13.12.2010 17:47

[» melden](#) [» antworten](#)

0 0

Re: Kinder erziehen ist kein Kinderspiel

"gibt den Müttern ein Gehalt und lasst die Mütter entscheiden, ob sie damit eine Fremdbetreuung finanzieren oder selbst für ihre Kinder da sind. "

Denken Sie bei dieser Forderung auch an die - zumindest in den Städten -große Gruppe der Mütter, die nicht in der Lage ist, ihre Kinder selbst gut zu fördern, weil sie z. B. nicht oder nur schlecht Deutsch sprechen bzw. nur geringe erzieherische Fähigkeiten haben??? Diesen Müttern kann man die Betreuung ihrer Kinder keinesfall selbst überlassen.

Das verpflichtende Kindergartenjahr wurde doch vor allem wegen dieser Gruppe eingeführt!

Ansonsten bin ich Ihrer Meinung, dass es für Eltern äußerst schwierig ist, ihre Kinder neben einem Vollzeit-Job auch noch zu erziehen. Der vielgeschmähte Teilzeitjob - bei kleinen Kindern möglichst für beide Elternteile - wäre hier doch eine Alternative. Dieser ist aber politisch derzeit leider nicht en vogue.

Gast: 1. Parteiloser 

13.12.2010 08:21

[» melden](#) [» antworten](#)

1 0

Und der Staat glaubt noch immer er kann es besser!

Weil es in den Kindergärten teilweise zu Überforderungen kommt, die Kindergärten auch kaum mehr finanzierbar sind, so hat dieser Staat beschlossen das verpfl. Vorschuljahr einzuführen. Es war ja auch so, dass diese Maßnahme getroffen wurde, weil der Staat der Meinung war er kann

es besser als die Familie.

Der Staat hat per Gesetz die Eltern dazu verpflichtet die Kinder für 10 Jahre in Obhut der staatlichen Organisationen zu legen. Der Staat hat dann auch noch die ganze Gesellschaft verpflichtet die Finanzierung dieser Obhut zu leisten, natürlich mit Zwangsabgaben.

Es sind aber genau diese Zwangsabgaben, welche zu so geringen Realeinkommen führten, dass es heute nur mit einem 2. Einkommen in der Familie geht, um die Familie auch versorgen zu können. Weil das aber so ist, so wurde den Familien die Mutter entzogen, bzw. der Mutter die Zeit und Konzentration entzogen sich auch um die Kinder zu kümmern.

Der Druck auf die Familien kommt also von 2 Seiten, beide vom Gesetzgeber so gemacht. Es ist einmal der wirtschaftliche Druck, welche die Nutzung der staatlichen Obhut notwendig macht und auch finanziert, auf der anderen Seite dann auch noch die Pflichtabgabe der Kinder in den staatlichen Einrichtungen.

Dass ein Staat aber niemals die Familie ersetzen kann zeigte doch auch die Pisa Studie deutlich auf. Diese Obhut schaffte es nicht einmal, dass nach 9 Jahren Schulpflicht das Sinn erfassende Lesen für alle Kinder möglich ist.

Das ist UDSSR und funktioniert niemals!

Gast: Gast 

13.12.2010 02:55

[» melden](#) [» antworten](#)

4 1

sexistischer Artikel

männliche Kindergärtner gibt es laut Sprachgebrauch im Artikel offenbar gar keine mehr... schämen sollte sich die Schreiberin für ihren Sexismus

[Cosinus62](#) 

13.12.2010 02:04

[» melden](#) [» antworten](#)

3 1

Genau so ist es,

sei es der Kindergarten oder die Schule - man kann nicht 100 Sachen zugleich tun. Darum meine höchste Bewunderung für jene, die das aushalten.

Bester Mensch 

13.12.2010 08:57

[» melden](#) [» antworten](#)

1 0

Re: Genau so ist es,

Sie halten es eh nicht aus, ist nur eine Frage der Zeit, bis die Leute am Zahnfleisch gehen.

Gast: gast 

13.12.2010 01:07

0 1

[» melden](#) » [antworten](#)**selten so einen flachen artikel gelesen**

selten so einen flachen artikel gelesen. "die eltern machen druck" - wie ist denn das zu verstehen? "wenn mein kind nach einer woche nicht singen und tanzen kann, dann werd ich böse?" oder wie??

eine weitere inkonsistenz betrifft den "täglichen horrortag", der oben geschildert wird, auf den unten aber nicht eingegangen wird. was die tatsache, dass es in der bauecke laut zugeht, damit zu tun hat, dass sich das "berufsbild der kindergärtnerinnen" angeblich verändert hat, soll mir mal jemand sagen, ganz abgesehen davon, dass ich keinen hinweis darauf gefunden hab, dass sich das berufsbild tatsächlich verändert hat.

dass sie situation für die kindergartenpädagoginnen schwieriger geworden ist, kann ich mir gut vorstellen: durch das verpflichtende kindergartenjahr und den gratis kindergarten geben erstens mehr eltern die kinder in den kindergarten und zweitens auch diese, die es sich früher nicht hätten leisten können/wollen. darauf wird in dem artikel jedoch nicht eingegangen.

[Plattform EduCare](#)

13.12.2010 00:57

0 0

[» melden](#) » [antworten](#)**Qualität gefordert!**

Zum Wohl aller Kinder, die in Österreich wohnen, im Interesse deren Eltern und AlleinerzieherInnen, für positive Arbeits- und Lebensmöglichkeit der PädagogInnen - im Sinn der Zukunft unseres Landes sind dringend qualitative Änderungen im Elementarbildungswesen angesagt!

Die langjährigen Forderungen nach tiefgreifenden, effektiven und nachhaltigen Reformen im elementaren und außerschulischen Bildungsbereich sind endlich umzusetzen, durch

- ein Bundesrahmengesetz mit einheitlichen Qualitätsstandards
- einen verbesserter Kind-Erwachsenenschlüssel wie er von ExpertInnen empfohlen wird
- gemeinsame Ausbildung für alle pädagogischen Berufe auf tertiärem Niveau
- höhere Bezahlung wie sie der verantwortungsvollen Aufgabe der PädagogInnen entspricht.

Derzeit neun (!) unterschiedliche Gesetze der Bundesländer führen zu unterschiedlichsten (auch finanziellen) Rahmenbedingungen für Kinder, Eltern und Personal sowie TrägerInnen-Organisationen hinsichtlich

- Gruppengröße,
- Verhältnis MitarbeiterInnen/Kinder
- Arbeitszeiten und Bezahlung der PädagogInnen
- Vor- und Nachbereitungszeit bzw. Fort- und Weiterbildung der PädagogInnen
- Räumliche Anforderungen
- Öffnungszeiten/Ferienordnung

13.12.2010

- Höhe der Elternbeiträge
- Qualifikation/Bezeichnung/organisatorische Einbindung der pädagogischen Aufsicht
- Qualifikation/Bezeichnung von Leiterinnen, Helferinnen, AssistentInnen...
- Finanzierung
- u.a.m.

Und da sollen Eltern, Alleinerziehende, PädagogInnen nicht Druck machen?

↳**Gast: Big Mama** 🗨

13.12.2010 10:48

[» melden](#) [» antworten](#)

1 0

Re: Qualität gefordert!

Das geht auch viel einfacher. Gebt den Eltern das Geld und die Eltern sollen sich selbst die Betreuung ihrer Kinder organisieren.

»**Gast: Gast** 🗨

13.12.2010 18:09

[» melden](#) [» antworten](#)

0 0

Re: Re: Qualität gefordert!

Da möchte ich dann 10% des Betrages der versoffen wird, während der Gschrapp daneben im Dreck spielt. Ich wäre reich.

[biedermann](#) 🗨

13.12.2010 00:18

[» melden](#) [» antworten](#)

2 1

von ausgebrannt wirklich keine spur.

sie sitzen gemütlich in einer warmen gartenecke und überlassen die kinder sich selbst. andererseits gibts unter den kleinen tatsächlich immer mehr verzogene, auffällige oder gestörte.

Gast: Bananenrepublik 🗨

12.12.2010 23:42

[» melden](#) [» antworten](#)

1 0

Die Bevölkerungszusammensetzung hat sich geändert

So könnte man es konkret beschreiben, ohne die Political Correctness zu verletzen.

Gast: Kindergärtnerin 🗨

12.12.2010 23:10

[» melden](#) [» antworten](#)

1 1

Die ersten Lebensjahre bedeuten mindestens so viel wie das Fundament eines

Hauses! -

Warum machen die Eltern Druck?

Einige sind sicher um der Familie das Überleben zu sichern gezwungen, ihre Kinder sehr jung und viele Stunden in den Kindergarten zu schicken. Doch: Wie viele gehen arbeiten, weil es im Verhältnis wesentlich einfacher und bequemer ist, als 24 Stunden Mutter/Vater zu sein.

Unter dem Deckmantel "Rechte der Kinder" werden Bedürfnisse Erwachsener diskutiert und umgesetzt.

Aus diesem Grund habe ich bereits vor 20 Jahren beim Land gekündigt.

»Gast: Gast ◉

13.12.2010 08:30

[» melden](#) [» antworten](#)

1 0

Re: Die ersten Lebensjahre bedeuten mindestens so viel wie das Fundament eines Hauses! -

Wir haben 1 Kind und es sehr früh in den Kindergarten geschickt, aber nicht wegen der Kindergärtnerinnen, sondern wegen der Kinder. Unsere Kleine kann sich im Spielen mit den anderen anders erfahren als mit uns, und wenn wir dann am Nachmittag mit ihr zusammen sind, gehört die Zeit auch wirklich ihr. Wir brauchen dann kein: "Komm spiel dich mal allein, Mami/Papi müssen etwas tun etc." Ergebnis: Die Kleine ist quietschfidel und an soziale Kontakte gewöhnt. Die Kindergärtnerinnen sind sicher wichtig und von uns auch sehr geschätzt, aber der Kontakt mit anderen KINDERN ist das wesen des Kindergartens...

ELEMENTARPÄDAGOGEN/INNEN**ÖLI/UG: LehrerInnenbildung braucht grundlegende Verbesserung - nicht erst seit PISA**

Utl.: Österreichische LehrerInneninitiative und Unabhängige GewerkschafterInnen (ÖLI-UG) in der GÖD unterstützen Forderungen der Universitären Plattform für LehrerInnenbildung =

Wien (OTS) - Rund 70 Universitäts-Lehrende haben bei der Gründung ihrer Plattform für LehrerInnenbildung am 29. 11. 2010 die Überwindung der Aufsplitterung der LehrerInnenbildungsstrukturen in Österreich, die enge Verzahnung der Bereiche Fachwissenschaft, Fachdidaktik, Bildungswissenschaft und schulpraktische Studien unter einem institutionellen Dach, sowie ihre zügige Akademisierung, prosperierende Forschung als unverzichtbaren Teil der LehrerInnenbildung und die vollakademische Ausbildung (Master bzw. Mag.) für alle PädagogInnen unabhängig vom Alter der Kinder und Jugendlichen, die von diesen Lehrkräften unterrichtet werden, als zentrale strategische Reformziele definiert. Sie lehnten damit explizit die kostensparende und den Ist-Zustand strukturell bestätigenden Reformvorschläge der von BMUKK und BMWF beauftragten Härtel-Kommission ab.

Die ÖLI-UG unterstützt die Aktivitäten der universitären Plattform für LehrerInnenbildung für eine grundlegende Reform der LehrerInnenbildung, Master- oder Magisterstudien für alle Schultypen

und Altersstufen als Einstiegsvoraussetzung in den LehrerInnenberuf, schrittweise Integration der **PH** in pädagogische Fakultäten oder pädagogische Universitäten und für die Bereitstellung der für diese Reformen notwendigen öffentlichen Mittel. Die Lese-Ergebnisse der PISA-Studie belegen einmal mehr die dringende Notwendigkeit einer praktisch und theoretisch fundierten Verbesserung der Ausbildung aller PädagogInnen vom **Kindergarten** über die Volksschule und über die Sekundarstufe I bis zur Oberstufe. Dazu braucht es auch eine in Österreich bis dato kaum wahrnehmbare universitäre Forschung im Bereich der Elementar- und Grundschulpädagogik und die Bündelung der an PHs und Universitäten verstreuten Ressourcen und entsprechende Investitionen in die LehrerInnenbildung NEU.

PISA macht's möglich: Die Einsicht in die Dringlichkeit der Reformen greift um sich. In der Sonntags-Kronenzeitung sprechen sich Unterrichtsministerin Claudia Schmied, die das schon im Rahmen der Stakeholder-Konferenzen zur LehrerInnenbildung NEU festgestellt hat, GÖD-Vorsitzender Fritz Neugebauer, Werner Faymann, Michael Häupl, Eva Glawischnig und auch FPÖ-Vorsitzender Strache für die pädagogische und fachliche Ausbildung aller LehrerInnen an pädagogischen Universitäten aus, die eng mit den Fachrichtungen der Unis kooperieren, auf hohem Niveau, Praxis und Theorie eng verschränkend. Von den befragten SpitzenpolitikerInnen sind nur noch ÖVP-Parteiobermann Josef Pröll und der niederösterreichische Landeshauptmann fürs Beibehalten der Trennung von Pädagogischen Hochschulen (dzt. PflichtschullehrerInnen-Kurzausbildung) und Universität (dzt. Magisterausbildung für AHS- und BHS-LehrerInnen).

Rückfragehinweis:

Josef Fuchsbauer, ÖLI/UG-Koordinator,
e-mail: fuchsbauer@oeli-ug.at ,
Tel: 0664/924 15 80
Internet: www.oeli-ug.at,

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/3521/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

ELTERNBILDUNG

Die Glaubenskrieger

[Profil.at](#)

... mehr Elternbildung und wettern gegen "Bulimie-Pädagogik". Es eint sie nur die abgestufte Skepsis gegenüber der Gesamtschule, einer Neuerung, ...

FRÜHPÄDAGOGIK, FRÜHKINDLICHE BILDUNG

Reaktionen auf "Ein Leben lang in der Schule ist ja öd" - Bessere Bildung beginnt mit der besseren Frühförderung: Die Pädagogin Heide Lex-Nalis über Versäumnisse und Lehrerinnen, die lieber Schulwart werden wollten.

(<http://derstandard.at/1291454907639/STANDARD-Interview-Ein-Leben-lang-in-der->

[Schule-ist-ja-oed](#))

➔ Posting 1 bis 25 von 213: «[\(\)](#)» 1 [2](#) [3](#) [4](#) [5](#)

GENDER

Demokratie-Ranking: Österreich auf Platz elf

[ORF.at](#)

Das Ranking basiert auf den Indikatoren „Politik“, „Gender“, „Wirtschaft“, „Wissen“, „Gesundheit“ und „Umwelt“. Österreichs Stärken sind laut der „Democracy ...

1. Vorarlberger Gender Day in Feldkirch

austria.com

Feldkirch - Der erste Gender Day widmet sich dem Thema der sozialen Geschlechterrollen. Organisiert wird die Veranstaltung vom Landesschulrat und der ...

KINDERRECHTE

Von: Eva Glawischnig [mailto:eva.glawischnig@gruene.at]

Gesendet: Montag, 13. Dezember 2010 14:16

An: Office@Plattform-EduCare.org

Betreff: Protokoll der Gesprächsrunde am 3. Dezember im Parlament

Sehr geehrte Damen und Herren ,

im Auftrag von Frau Dr.ⁱⁿ Eva Glawischnig übermittele ich Ihnen zur Information das Protokoll der Gesprächsrunde vom 3. Dezember 2010 im Parlament.

Mit freundlichen Grüßen

Mag.^a Irina Hantschl

Mag.^a Irina Hantschl

Büro Klubobfrau und Bundessprecherin Dr.in Eva Glawischnig

Grüner Klub im Parlament

1017 Wien

www.gruene.at

Protokoll zur Gesprächsrunde „Kinderrechte in die österreichische Bundesverfassung“ - 3. Dezember 2010 9 – 11.00 h Parlament, Lokal III - Veranstalter Grüner Klub im Parlament

Der Grüne Klub im Parlament hat in Übereinstimmung mit dem Engagement und den Forderungen der Initiative „Gegen Unrecht: Kinder gehören nicht ins Gefängnis!“ alle mitwirkenden Organisationen zu einer Gesprächsrunde zur Verankerung von Kinderrechten gemäß der UN-Kinderrechtskonvention ins Parlament geladen. Dieses Treffen diente sowohl dem inhaltlichen Austausch als auch der Auseinandersetzung mit weiteren Schritten, um zu einer kinderrechtlich positiven Beschlussfassung zu kommen.

Nach einer Begrüßung von **Tanja Windbüchler-Souschill**, grüne Kinder- und Jugendsprecherin, berichtet Klubobfrau **Eva Glawischnig** über den aktuellen politischen Stand betreffend ein Bundesverfassungsgesetz über die Rechte des Kindes und bedankt sich bei allen Anwesenden für ihr zivilrechtliches Engagement.

Die Vorgangsweise, den vorliegenden Gesetzesentwurf der Regierungsparteien noch vor Weihnachten im Verfassungsausschuss im Schnellverfahren zu beschließen, wird von Grüner Seite abgelehnt. Eva Glawischnig und Tanja Windbüchler-Souschill fordern weiterhin eine parlamentarische Enquete zum Thema „Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Österreich“.

Als erste Expertin berichtet **Mag.^a Elisabeth Schaffelhofer-Garcia Marquez** (Geschäftsführerin Netzwerk Kinderrechte) über ihre Gespräche mit den Klubobleuten Josef Cap und Karlheinz Kopf bezüglich der Verfassungsverankerung von Kinderrechten gemäß der UN-Kinderrechtskonvention

Bevor sie die Arbeit des Netzwerks Kinderrechte Österreich vorstellt, bringt sie einen Beitrag aus ihrem „Kinderrechte-Archiv“. „Gedanken für den Tag“ (Ö1) exakt vor drei Jahren, im Dezember 2007, von Mag.^a Schaffelhofer gestaltet:

„Auf der bunten Blumenwiese geht ein buntes Tier spazieren, wandert zwischen grünen Halmen, wandert unter Schierlingspalmen, freut sich, dass die Vögel singen, freut sich an der Schmetterlingen, freut sich, dass sich 's freuen kann. Aber dann ... Aber dann stört ein Laubfrosch seine Ruh', und fragt das Tier: „Wer bist denn du?“ Da steht es und stutzt und guckt ganz verdutzt dem Frosch ins Gesicht: „Das weiß ich nicht.“ Der Laubfrosch quakt und fragt: „Nanu? Ein namenloses Tier bist du? Wer nicht weiß, wie er heißt, wer vergisst, wer er ist, der ist dumm!“ Bumm.“

Klingt hart, das, was am Beginn von Mira Lobes „Das kleine ICH BIN ICH“ steht: „Wer nicht weiß, wie er heißt, wer vergisst, wer er ist, der ist dumm!“ Bumm.“

Der Artikel 7 der Kinderrechtskonvention will dieser Misere entgegensteuern. Dort heißt es: „Das Kind ist unverzüglich nach seiner Geburt in ein Register einzutragen und hat das Recht auf einen Namen von Geburt an.“ In unseren Breiten mag das lächerlich klingen, das Recht auf einen Namen von Geburt an, in den Ländern des Südens ist es bei weitem keine Selbstverständlichkeit.

Und wo werden in Österreich die Kinderrechte verletzt? Bei uns werden Kinder noch immer geschlagen und misshandelt, haben minderjährige Asylwerber nichts zu lachen, wird Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen nicht ernstgenommen, steht das Wohl des Kindes nicht immer an erster Stelle. Kinderrechte sind also nicht nur für Entwicklungsländer geschaffen worden, sondern genauso für uns, für Kinder und Jugendliche hier in diesem Land. „Und wer das nicht weiß, ist dumm!“ Bumm.“ Sagt der Laubfrosch.

Mag. Schaffelhofer weiter:

Es ist also drei Jahre her, dass ich davon gesprochen habe, dass Kinder bei uns geschlagen und misshandelt werden.

Es ist einen Tag her, dass www.orf.at titelte:

"Gesunde Watschn" bleibt Erziehungsmittel" - Die "gesunde Watschn" scheint noch immer ein Erziehungsmittel in burgenländischen Familien zu sein. Das ist das Ergebnis einer aktuellen Studie. 43,5 Prozent der Eltern gaben an, "selten" ihr Kind zu schlagen.

Es ist also drei Jahre her, dass ich davon gesprochen habe, dass es minderjährigen Asylwerbern bei uns nicht gut geht.

Es ist wenige Tage her, dass wieder eine geplante Abschiebung voll in Österreich integrierter Kinder in den Medien dokumentierte wurde. Die Initiative „Gegen Unrecht! Kinder gehören nicht ins Gefängnis!“ wurde auf Grund einer die Kinderrechtskonvention links liegen lassender Polizei- und Abschiebeaktion ins Leben gerufen.

Wer ist, was kann und was will das **Netzwerk Kinderrechte Österreich?**

Alles, was ich Ihnen nun schildere, finden Sie auf www.kinderhabenrechte.at

Das Netzwerk Kinderrechte Österreich - National Coalition (NC) – ist ein unabhängiges Netzwerk von Kinderrechte-Organisationen und –Institutionen zur Förderung der Umsetzung der UNO-Kinderrechtskonvention in Österreich. Es setzt sich dabei für die Rechte aller Kinder und Jugendlichen ohne jede Diskriminierung ein. Gegründet hat sich das Netzwerk im Dezember 1997, - es gibt uns also seit 13 Jahren - um den

„Schattenbericht“ parallel zum Staatenbericht der Bundesregierung im Rahmen des Monitoringprozesses vor dem UNO-Kinderrechtsausschuss zu erstellen.

Mittlerweile zählt das Netzwerk 32 Mitglieder von den Kinder- und Jugendanwaltschaften der Länder, über zum Beispiel SOS-Kinderdorf, Bundesjugendvertretung, Asylkoordination, Katholische Jungschar, Kinderfreunde, Pfadfinder, UNICEF bis zu den Kinder- und Jugendfachärzten.

Das Budget ist minimalst, wir erhalten keinerlei staatliche Förderungen, sondern existieren nur durch die Mitgliedsbeiträge, mein Posten ist der einzige hauptamtliche.

Das Leitungsteam des Netzwerkes Kinderrechte Österreich besteht aus drei Personen aus jeweils drei unterschiedlichen Mitgliedsorganisationen. Derzeit sind dies

- 1) Mag. Helmut Sax, Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte
- 2) Prim. Dr. Klaus Vavrik, Liga für Kinder- und Jugendgesundheit
- 3) Mag. Benedikt Walzel, Bundesjugendvertretung

Ziele

Das Netzwerk Kinderrechte verfolgt die Verwirklichung der Rechte aller Kinder und Jugendlichen in Österreich auf Grundlage der UNO-Konvention über die Rechte des Kindes von 1989, ihrer Fakultativprotokolle und weiterer kinderrechtlicher Standards.

Zu ihren **Aufgaben** zählt:

- das unabhängige Monitoring der Umsetzung dieser Standards, insbesondere unter Berücksichtigung der Empfehlungen des UNO-Kinderrechtsausschusses,
- die Verbreitung und Förderung des Bewusstseins über die Inhalte der Kinderrechtskonvention und
- das Lobbying für einen Kinderrechtsansatz, der Kinder und Jugendliche als Träger von grundlegenden Rechten in ihrer Stellung in der Gesellschaft und im Dialog mit den Generationen stärkt und die Wahrnehmung staatlicher Verantwortung einfordert.

Beitritt

Mitglied können alle unabhängigen Organisationen und Institutionen in Österreich werden, die sich dem Kinderrechtsansatz verpflichtet fühlen und sich für Kinderrechte aktiv einsetzen und das Netzwerk Kinderrechte stärken.

Was wir bieten?

- Expertise zu den vielfältigen kinderrechtlichen Themenbereichen: Kinderrechte in der Verfassung, UMF, Jugendgerichtsbarkeit, Jugendwohlfahrt, Partizipation
- Erstellung des Schattenberichts - Feedback – Online-Fragebogen!
- Medienarbeit
- Service: Materialien, Links und „Politische Versprechen“ (Diese Rubrik habe ich bezeichnender Weise schon vergessen gehabt, dass sie auf unserer Homepage existiert: Zur Erinnerung, im aktuellen Regierungsprogramm steht: „Aufnahme der Kinderrechte als Grundrechte gemäß der Kinderrechtskonvention der UNO in die Bundesverfassung“

Die Forderung „**Kinderrechte in die Verfassung**“ hat eine lange Geschichte bei uns im Netzwerk. Die Initiative „Gegen Unrecht“ hat der Diskussion Aufwind gegeben, unbestritten. Unser Wunsch momentan ist auch, in einer parlamentarischen Enquete Bewusstseinsarbeit zu leisten, was in der Kinderrechtskonvention überhaupt drinnen steht, was sich durch die Verankerung in Österreich ändern müsste.

Nach Gesprächen mit den Klubobleuten von ÖVP und SPÖ in den letzten Wochen habe ich einerseits davon gehört, dass durch eine Verankerung der KRK in der Verfassung sich die gesetzliche Lage für Kinder und Jugendliche verschlechtern könnte. Das ist Unsinn, weil die UN-KRK wie alle Menschenrechtsverträge ein „Verschlechterungs-Verbot“ beinhaltet!

Weil ich mit dem Kleinen „ICH BIN ICH“ begonnen habe, das vor drei Jahren Lieblingsbuch meiner mittlerweile siebenjährigen Tochter Luna war, will ich mit einem aktuellen

Lieblingsfilm von ihr nun enden: „*Drachen zähmen leicht gemacht – How to train your dragon*“

Der schwächliche Wikingerbursche Hicks bricht mit einer jahrhundertealten Tradition. Er ist der Erste, der keinen Drachen tötet. Die herb-bezaubernde Astrid fragt ihn: „*Wieso du nicht? Wieso du nicht? Hicks zuckt mit den Schultern: „Keine Ahnung. Ich konnte nicht.“ – „Das ist keine Antwort.“ – „Wieso ist dir das alles jetzt so wichtig?“ – „Weil ich mir merken möchte, was du sagst, jetzt und hier.“ „Ach, was weiß denn ich. Ich war zu feige, ich war zu schwach, ich wollte keinen Drachen töten.“ – „Du hast gerade „wollte“ gesagt.“ „Ach, ist doch egal. Ich wollte nicht. Nach 300 Jahren bin ich der erste Wikinger, der sich weigert, Drachen zu töten.“ – „Und der erste, der auf einem reitet.“*“

Kinderrechte in der Verfassung – wir könnten die ersten sein, die auf Drachen reiten!

Mag. Benedikt Walzel (Bundesjugendvertretung) sieht in der Kinderrechtskonvention eine Handlungsanleitung für gute Kinder- und Jugendpolitik und betont den zentralen Aspekt der Kindeswohlprüfung. Er stellt die Frage, ist das österreichische Bildungssystem, das Gesundheitswesen, das Asyl- und Fremdenrecht kinderrechtskonform? Der von den Regierungsparteien vorgelegte Gesetzesentwurf ist es jedenfalls nicht und die Vorgangsweise, gerade auch jetzt wieder der Versuch im Schnellverfahren diesen mangelhaften Entwurf zu beschließen stellt einen kinder- und jugendpolitischen Skandal dar.

Mag. Helmut Sax (Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte) erläutert die Kernpunkte der UN-Kinderrechtskonvention (UN-KRK) und deren Umsetzung bzw. Nicht-Umsetzung in Österreich. Die UN-KRK stellt einen Meilenstein im internationalen Menschenrechtsschutz dar.

Wie auch die Weltmensenrechtskonferenz der UNO 1993 in Wien feststellte sind Menschenrechte grundsätzlich unteilbar. Man kann nicht Hunger bekämpfen ohne Mitsprache zu gewähren. Dasselbe gilt für Kinderrechte als spezifische Menschenrechte. In der UN-KRK wird die Lebenswirklichkeit von Kinder und Jugendlichen umfassend berücksichtigt. Die spezifischen Bedürfnisse der heterogenen Gruppe von Kindern und Jugendlichen brauchen spezifische Rechte. So ist ein Menschenrechtskatalog entstanden, der 42 inhaltliche Artikel umfasst.

1992 hat der österreichische Nationalrat die UN-Konvention ratifiziert, jedoch nicht im Verfassungsrang und mit Erfüllungsvorbehalt. Das damals falsche Verständnis, dass in Österreich Kinderrechte „*ohnehin weitgehend gewährleistet*“ sind, ist immer noch anzutreffen.

Schon 1994 forderte der Nationalrat einstimmig die Bundesregierung auf, eine Prüfung der Verankerung von Kinderrechten in der Verfassung vorzunehmen.

1997 wurde das Ludwig Boltzmann Institut beauftragt Lücken im Grundrechtsschutz zu ermitteln - dieser 1998 vorgelegten Studie folgten allerdings außer einigen Gesprächen keine politischen Konsequenzen.

Auf Europäischer Ebene wurde 2000 die EU Grundrechtscharta verabschiedet, mit eigenständigen Kinderrechten, insb. Art. 24.

Der im Österreich-Konvent diskutierte Entwurf eines modernen Grundrechtskatalogs hat auch spezifische Rechte von Kindern und Jugendlichen vorgesehen, zusätzlich zu umfassenden allgemeinen grundrechtlichen Gewährleistungen. Da dieser politisch nicht umgesetzt ist, gibt es in Österreich keinen modernen Grundrechtskatalog.

Zur aktuellen politischen Diskussion bezüglich Verfassungsverankerung von Kinderrechten betont Helmut Sax, auch im Namen des Netzwerks Kinderrechte mit seinen 32 Mitgliedsorganisationen, dass der von den Regierungsparteien vorgelegte Entwurf zu einem Bundesverfassungsgesetz für die Rechte des Kindes aus mehreren Gründen abzulehnen ist. Erstens findet sich in dem Entwurf nur eine Auswahl von Kinderrechten der UN-KRK. Es darf nicht vom politischen Verhandlungsgeschick abhängen, welche Rechte verankert werden. Das ist sachlich ungerechtfertigt und abzulehnen. Zweitens ist es der im Art. 7 des Entwurfes verankerten Gesetzesvorbehalt abzulehnen. Die vorrangige Berücksichtigung des Kindeswohls und die Partizipation von Kindern stellen zentrale Grundsätze der UN-

KRK dar und sind nicht durch einen Gesetzesvorbehalt, der einem anderen rechtlichen Kontext entstammt, einzuschränken. Es besteht die Befürchtung, dass sich am aktuellen rechtlichen Status quo möglichst nichts ändern sollte, z.B. im Asyl- und Fremdenrecht. Kindgerechte und adäquat ausgestattete Verfahren und Begleitmaßnahmen (z.B. Information, Trainings, Überprüfung bestehender Gesetze, Evaluation des BVG-Kinderrechte) müssen garantiert sein.

Mag. (FH) Erich Fenninger (Volkshilfe) stellt sich die Frage „wie kann es sein, dass Kinder, die gut integriert sind abgeschoben werden? Er sieht die Volkshilfe und auch andere im Bereich Flüchtlingsbetreuung tätigen Organisationen zunehmend in einem Abwehrkampf gegenüber immer restriktiver werdender Asyl- und Fremdenrechtsgesetzgebung und dessen Ausübung.

Fenninger lehnt die Vorgangsweise der Exekutive in den aktuellen Abschiebefällen von Kindern, Schubhaft für Kinder und Abschiebungen von Kindern ohne Eltern(teile) strikt ab und kritisiert das Wording seitens des Ministeriums, das mit der Wortwahl von „Haft“ zu „Anhaltung“ bis „Mitwirkung“ eine restriktive Vorgangsweise „behübscht“.

Er unterstützt die Abhaltung einer parlamentarischen Enquete zur Verfassungsverankerung von Kinderrechten gemäß der UN-KRK und fordert massiven Einsatz von personellen und finanziellen Mitteln in der Jugendwohlfahrt.

DSA Michael Gnauer (SOS-Kinderdorf) betont 100% Übereinstimmung zu den Positionen des Netzwerks Kinderrechte.

Er berichtet von der Implementierung von Kinderrechten im SOS- Kinderdorf, sowohl in den Statuten als auch in der Geschäftsordnung. Die Auseinandersetzung im Prozess der Implementierung und die Umsetzung von Kinderrechtestandards haben eine wesentliche Haltungsänderung in der Organisation mit sich gebracht: Nicht die Einrichtung steht im Mittelpunkt sondern das Kind mit seinen Rechten! Herr Gnauer bietet an die positiven Erfahrungen dieser Umsetzung von Kinderrechten bei SOS Kinderdorf weiter zugeben.

In der folgenden **Diskussion** wird über Möglichkeiten und Grenzen des weiteren positiven Lobbying debattiert. **Christina Oppermann-Dimow** (www.kinderrechte-sofort.org)

engagiert sich aus persönlicher Betroffenheit für von Abschiebung bedrohte Kinder und deren Familien. Ihr Wahlspruch: Kinderrechte sind Menschenrechte. Kinderrechte sind Grundrechte und dürfen nicht Schlusslicht in der Verfassung sein sondern deren Basis.

DSA Georg Dimitz vom Österreichischen Berufsverband der SozialarbeiterInnen nennt den vorliegenden Gesetzesentwurf eine „Mogelpackung“ und kritisiert im Besonderen den Gesetzesvorbehalt im Art. 7 (Stichwort „Fremdenrecht schlägt Kinderrechte“) und die Tatsache, dass kein individuelles Einklagen möglich wäre.

Dimitz lehnt die kürzlich praktizierte Vorgangsweise, dass vom Ministerium eine Weisung an alle Jugendwohlfahrtsträger erging, diese sollen bei Abschiebungen von Kindern mitwirken strikt ab.

Prim. Dr. Klaus Vavrik (Liga für Kinder- und Jugendgesundheit) weist darauf hin, dass 90.000 Kinder in Österreich in manifester Armut leben und 240 000 armutsgefährdet sind. Es ist bekannt, dass die Krankheitslast bei Kindern in Armut im Vergleich dreimal so hoch ist. Allein in Wien warten 1000 kranke Kinder auf Therapieplätze. Diese Situation spiegelt sich auch im Ranking von OECD und UNICEF, wo Österreich im Bereich Kinder- und Jugendgesundheit an letzter Stelle rangiert.

Der erste Bericht zur Kinder- und Jugendgesundheit hat zu viel Aufmerksamkeit geführt und diverse Arbeitsgruppen wurden eingerichtet aber bis jetzt ist keine Verbesserung bei kranken Kindern angekommen. Die Frage „Wo können wir wirklich wirksam werden?“ bleibt bestehen.

Frau **Mag. Alexandra Murg-Klenner** von SOS-Kinderdorf unterstreicht, dass eine Wertediskussion zu führen ist und es visionäre Menschen an der richtigen Stelle braucht.

Frau **Sigrid Klempa** vom Verein Väterverbot betont das Recht des Kindes auf beide Eltern.

Frau Dr. Irene Promussas (Geschäftsführerin Lobby4Kids) betont auch von Ihrer Seite und im Namen Ihrer Organisation die Forderung der vollständigen Aufnahme von Kinderrechten gemäß der UN-Kinderrechtskonvention in die österreichische Bundesverfassung.

Frau **Dipl. Päd. Laminger-Purgstaller** (SOS-Kinderdorf): Grundsatz muss sein, sich auf dieselbe Augenhöhe mit Kindern und Jugendlichen zu begeben, was sich mit dem Grundprinzip der UN-KRK der vorrangigen Berücksichtigung des Kindeswohl bei allen es betreffenden Maßnahmen trifft.

Kinderrechte müssen auch in den Ausbildungsplänen von LehrerInnen, ÄrztInnen, KindergartenpädagogInnen und allen relevanten Berufsgruppen Berücksichtigung finden. Nicht nur drüber reden, sondern sich damit auseinandersetzen!

Stefan Wallner (Grüner Bundesgeschäftsführer) fasst die Diskussion zusammen und weist darauf hin, dass in dem Gespräch deutlich wurde in wie vielen Bereichen Kinderrechte auch in Österreich verletzt werden. Es gilt von der sonntäglichen Rede zur montäglichen Umsetzung zu gelangen. Im Respekt vor den Möglichkeiten und Grenzen in unseren unterschiedlichen Rollen geht es darum Kräfte zu bündeln im Sinne einer vernünftigen Beschlussfassung.

Gemeinsame Ziele:

- Kinderrechte gemäß der UN-Kinderrechtskonvention in den Verfassungsrang heben
- Lobbyarbeit der einzelnen Organisationen und Initiativen
- Abhaltung einer parlamentarischen Enquete zur fundierten breiten öffentlichen Debatte des Themas

Prioritär für die Grünen

- Mangelhaften Gesetzesentwurf der Regierungsparteien verhindern
- Vorschnelle und mangelhafte Beschlussfassung bezüglich Kinderrechten am 17. 12. im Verfassungsausschuss verhindern
- Forcierung einer breiten öffentlichen Debatte mit Einbindung aller relevanten Organisationen und Initiativen und Abhaltung einer parlamentarischen Enquete
- Alle Kinderrechte für alle Kinder in den Verfassungsrang

IMPRESSUM UND HINWEISE

Plattform EduCare

Postadresse:

Krausegasse 7a/10
1110 Wien
ÖSTERREICH

Telefon: +43 (664) 73592265

Faxnummer: +43 (1) 7485469

Skype: 

E-Mail: Informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Diese Mitteilungen haben ausschließlich Informationscharakter.

Die Plattform EduCare übernimmt daher keine Gewähr für Richtigkeit, Genauigkeit und Qualität der bereitgestellten Information.

Eine Identifikation mit den Inhalten kann aus der Veröffentlichung nicht geschlossen werden, wir schließen jegliche Verantwortung für diese Zitierungen und die darin enthaltenen Inhalte aus.

→ **Diese Übersicht ergeht zur Information fallweise auch an in einzelnen Meldungen angeführte E-Mail-Adressen** ←

Schicken Sie uns Meldungen, die Sie anderen Mitgliedern zugänglich machen wollen

Verwenden Sie hierfür die E-Mail-Adresse: Informationsdienstl@Plattform-EduCare.org

Schreiben Sie uns Informationen, die Sie hier nicht finden, die aber für die Arbeit der Plattform EduCare wichtig sein könnten

Wir verarbeiten sie streng vertraulich: Informationspool@Plattform-EduCare.org

Änderungen zu diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer bisherigen E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist, und Ihrem Änderungswunsch (zum Beispiel: neue E-Mail-Adresse).

Abmeldung von diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist.

Anregungen zu Stellungnahmen

Sollten Sie der Meinung sein, die Plattform EduCare sollte zu einem bestimmten Thema Stellung beziehen, schreiben Sie bitte Ihre diesbezüglichen Anregungen in einer [Mail](#) an uns – danke!

Mitteilung von Adressen, die unseren kostenlosen „Informationsdienst“ erhalten sollen

Sie möchten anderen Teilnehmern dieses kostenlosen Services eine Information zukommen lassen: bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit den entsprechenden Angaben.